



Seite 2

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

R/v/173

28. Juli 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Bürgerkrieg in Belgien?	S.1
Frankreich und der Krieg in Korea (Bericht aus Paris)	S.3
Schauprozess gegen Kurt Müller?	S.4
Das Dilemma der zwei Seelen	S.6

Bürgerkrieg in Belgien?

sp. Die Königskrise in Belgien ist gewiss ein rein innenpolitischer Vorgang. Aber der Grundsatz der Nichteinmischung kann nicht so weit gehen, dass man an diesem Ereignis kommentarlos vorübergeht. Die letzten Nachrichten sind alarmierend und das Wort vom drohenden Bürgerkrieg ist gefallen.

Der wichtigste Einwand gegen die verschärfte Opposition der Sozialisten und des überwiegenden Teiles der Liberalen, denen sich Kreise der christlichen Gewerkschaften angeschlossen haben, ist der Hinweis auf die angebliche demokratische Legitimation des Königs für seine Rückkehr. Es liegen Beschlüsse einer Volksabstimmung und der gewählten Volksvertretung vor, die, wenn auch mit sehr knapper Mehrheit, die Rückkehr befürworteten. Diesem Entscheid habe sich die Opposition, so argumentieren die Freunde des Königs, zu fügen, wenn sie den Anspruch erheben wollen, demokratisch zu sein und zu handeln. Dabei sei es gleichgültig, ob die Mehrheit für Leopold gross, klein oder minimal sei. Was lässt sich dagegen vorbringen?

Die Gegner der Rückkehr Leopolds sind der Ansicht - und sie sind es auf die Gefahr hin, undemokratisch genannt zu werden - dass es sich hier um einen Vorgang handelt, der mit eigenem Maßstab zu messen sei. Es gehe nicht um die Annahme oder Ablehnung irgend eines Gesetzes, sondern darum, dem Manne Leopold klarzumachen, dass es eine betonte Provokation sei, gegen die mit aller Leidenschaft und äusserster Deutlich-

keit zutage tretende Abneigung eines Teiles der Bevölkerung zurückzu-
kehren, der fast so gross ist wie der, der mit der neuen Thronbestei-
gung einverstanden ist. In einem solchen Fall komme es entscheidend
auf die Umstände an - eben auf das Zahlenverhältnis der Zustimmungen
zu den Gegnern, darauf, dass auch die Gegner Leopolds für die Fortsetzung
der Regentschaft mit folgender Inthronisierung des Kronprinzen eintre-
ten, also keinen grundsätzlich antimonarchischen Standpunkt einnehmen,
eben darauf, dass in dem Verhalten Leopolds eine offenkundige und be-
leidigende Mißachtung der Auffassungen fast der Hälfte der Bevölkerung
des Landes liegt und schliesslich darauf, dass dieser Mann nicht be-
greift, dass die gegenwärtige Vertrauensgrundlage, formal ausreichend,
in der politischen und menschlichen Substanz für ihn völlig unzulänglich
ist. Die Gegner des Königs sind der Auffassung, dass ein solcher Mann
schon wegen dieses in die Augen springenden Mangels an politischer Ein-
sicht und Fairness nicht geeignet ist, ein Volk zu repräsentieren, wo-
bei auf die schweren Vorwürfe, die die Grundlage des erbitterten Kampfes
gegen ihn bilden, in diesem Zusammenhang gar nicht eingegangen werden
soll.

König Leopold kann also für sich nicht in Anspruch nehmen, er
kämpfe für ein Prinzip, etwa das demokratische oder auch das legiti-
mistische. Die Demokratie erschöpft sich nicht in der Respektierung for-
maler Vorschriften, sondern verlangt Erfüllung ihrer inneren Notwendigkei-
ten aus demokratischem Geist. Das legitimistische Prinzip aber ist ge-
wahrt durch das Vertrauen der Gegner Leopolds in seinen Bruder und sei-
nen Sohn. Es ist das Motiv des persönlichen Ehrgeizes und die anmaßen-
de Gleichgültigkeit gegenüber den Empfindungen eines grossen Teiles
der belgischen Bevölkerung, die die Sozialisten, die Liberalen und
viele andere zu ihrer strikt ablehnenden Haltung veranlasst. Wenn jetzt
wirklich der Bürgerkrieg droht, so trifft die Verantwortung dafür allein
einen Monarchen, der nicht begreifen will, dass seine Zeit abgelaufen
ist.

- - -

.....
: In unserer Ausgabe vom 29. Juli versenden wir einen :
: Aufsatz :
: zum 50. Todestag Wilhelm Liebknechts :
: (7. August 1900). :
: Die Redaktion :
:.....

Frankreich und der Krieg in Korea

Von Alfred Frisch - Paris

Trotz gewisser Anzeichen von Nervosität, die teilweise das Ergebnis kommunistischer Flüsterpropaganda sein dürften, werden die Ereignisse in Korea von der französischen öffentlichen Meinung nach wie vor mit Ruhe aufgenommen, z.T. aus einem ziemlich verbreiteten Gefühl der politischen Ohnmacht. Wozu sich über den weiteren Gang der Ereignisse den Kopf zerbrechen, wenn man von Anfang an überzeugt ist, dass man sie in keiner Form zu beeinflussen vermag?

Diese besondere Art der Sorglosigkeit ist nicht ohne Gefahren. Frankreich lebt zur Zeit in einer ihm eigenen Welt der Irrealität, in der die kleinen internen Angelegenheiten, von der Tour de France über den verstärkten Alkoholgehalt des Apéritifs bis zur Schul- oder Wahlreform, nach wie vor an erster Stelle stehen. Andererseits machte man sich allzu grosse Illusionen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und über die Möglichkeiten eines ungestörten Friedensdaseins. Die erforderlichen individuellen Opfer sind bisher über die Schlagzeilen der Zeitungen nicht hinausgedrungen und nicht einmal der Presse zum Bewusstsein gekommen. Sonst könnte eine der Regierung sehr nahestehende Zeitung nicht in aller Ruhe erklären, das zu erwartende Aufrüstungsprogramm würde in keiner Form den Wohnungsbau verlangsamten. Schliesslich verfügt Frankreich nicht mehr über unerschöpfliche Reichtümer. Es dürfte ihm finanziell recht schwer fallen, für seine von der breiten Masse noch nicht einmal geahnte Wiederaufrüstung, deren Ausmaß in letzter Linie von den Vereinigten Staaten bestimmt werden wird, die nötigen Mittel aufzutreiben, so dass an die geplanten zivilen Arbeiten zunächst weitgehend nicht mehr zu denken ist. Im günstigsten Falle werden die verfügbaren Rohstoffe gerade ausreichen, um die Gebrauchsgüterversorgung der Bevölkerung ohne Wiedereinführung von Rationierungsmaßnahmen sicherzustellen.

Die koreanischen Ereignisse und ihre Folgeerscheinungen können nicht ohne Rückwirkungen auf die französische Deutschlandpolitik bleiben. Es wird erforderlich sein, die bisherigen Ansichten und Ziele genau zu überdenken und den Verhältnissen anzupassen. Diese Arbeit wurde bis jetzt noch nicht in Angriff genommen, woraus sich in den zuständigen diplomatischen Kreisen ziemlich grosse Unsicherheit und Ratlosigkeit ergibt. Nach langem Schwanken wählte der Quai d'Orsay für seine Deutschlandpolitik den Schumanplan gewissermaßen als Eckpfeiler. Die europäische Montanunion hat jedoch inzwischen weniger an praktischer

Bedeutung als an aussenpolitischer Perspektive verloren. Sie ist so als weitere Grundlage für die zukünftigen deutsch-französischen Beziehungen zu eng. Das französische Sicherheitsbedürfnis Deutschland gegenüber hat in der Tat weltpolitisch jedes Gewicht verloren und gilt als völlig überholt. Ausserdem wünscht man in Frankreich zur Verringerung der eigenen Last eine irgendwie geartete Beteiligung Deutschlands an der westlichen Verteidigung, selbst wenn man nach wie vor gefühlsmässig und offiziell den Gedanken einer deutschen Wiederaufrüstung entschieden verwirft. Voriäufig sieht man den deutschen Beitrag ausschliesslich in finanziellen und industriellen Leistungen, wahrscheinlich in der kostenlosen Lieferung verschiedener Rohstoffe und Halberzeugnisse, die dann in anderen westlichen Ländern weiterverarbeitet werden können. Damit fällt natürlich automatisch der französische Einspruch gegen eine Erhöhung der deutschen Stahlquote und die damit zusammenhängende Aufgabe der Beschränkung der deutschen Industrieerzeugnisse.

Ausserdem wird man sich dazu bereit erklären müssen, Westdeutschland die ihm noch versagte aussenpolitische Bewegungsfreiheit zurückzugeben und es als diplomatisch gleichberechtigtes Mitglied nicht nur in die europäische, sondern, wenn sich das machen lässt, auch in die atlantische Gemeinschaft aufzunehmen. Alle diese Ziele stehen zur Zeit in offenem Widerspruch zu der Grundhaltung einer allzu lange politisch oder demagogisch irreführten öffentlichen Meinung, die ebenso wie viele Parlamentarier noch allzu sehr in der Vergangenheit lebt. Dieser Widerspruch erklärt von vornherein die zu erwartenden Schwankungen und Vorbehalte der offiziellen französischen Aussenpolitik.

- - -

Schauprozess gegen Kurt Müller?

sp. Der Bundestagsabgeordnete Kurt Müller befindet sich in einer schlechten Lage, weil er wenig Freunde hat, die für ihn eintreten könnten. Diejenigen, die sich seiner persönlichen Freundschaft rühmten, solange Müller gemeinschaftlich mit Reimann die westdeutsche KP regierte und sich der besonderen Gunst Walter Ulbrichts erfreute, sind heute seine eifrigsten Verleumder und Verfolger. Es ist bekannt, dass mancher von ihnen sein Sekretärspöstchen nur dadurch retten konnte, dass er - wider besseres Wissen - sich im übereifrigen Nachbeten der gegen Müller erhobenen Vorwürfe übte und eine gehörige Portion Selbstbespeinung hinzufügte.

Es handelt sich aber nicht darum, ob die gegen Müller erhobenen

und von vielen führenden Kp-Funktionären in vertraulichen Gesprächen als pure Erfindung bezeichneten Verdächtigungen ein mehr oder minder grosses Maß von Wahrscheinlichkeit für sich in Anspruch nehmen könnte. Es geht vielmehr um die Frage, ob man tatenlos zusehen soll, dass zum Zwecke der Abschreckung oppositionsgewillter KP-Mitglieder und um der westdeutschen Bevölkerung einschüchternd zu beweisen, wie weit der Arm der NKWD reicht, der in Westdeutschland amtierende KP-Vorsitzende Reimann einen Abgeordneten des Bundestages durch einen NKWD-Fahrer des illegalen Stahlmann-Kurierapparates unter Vorspiegelung falscher Angaben in die Ostzone verschleppen darf, um ihn dort verhaften zu lassen und ihn zur Niederlegung^{ung} seines Mandates zu zwingen. Die Aufhebung der Immunität Reimanns war eine erste gute Antwort.

Ostzonenpräsident Pieck sprach den Fall Müller in seiner Rede auf dem SED-Parteitag mehrfach an. Er bezeichnete die entschlossene Säuberung der westdeutschen KP von Trotzlisten, Titoisten, Opportunisten und anderen Agenten als notwendig und sagte:

"Die Entlarvung und Verhaftung Kurt Müllers, eines aktiven Trotzlisten in der Vergangenheit und Agenten imperialistischer Westmächte in der Gegenwart muss uns eine grosse Lehre sein".

Gegen Schluss seiner Rede deutete Pieck an, dass in der SED neue Säuberungsaktionen bevorstehen. Er betonte, dass auch in der SED die "trotzkistischen Agenturen" noch keineswegs vollständig aufgedeckt seien. Pieck stellt den Fall Müller in seiner Bedeutung direkt neben den Fall Tito und sagt:

"Der schonungslose Kampf gegen die trotzkistischen und titoistischen Elemente innerhalb der KPD und SED ist deshalb eine der wichtigsten aktuellen Aufgaben, eine der ernstesten Lehren aus dem Fall Kurt Müller und den jugoslawischen Ereignissen".

Da alle SED-Parteitage reden wörtlich abgelesen, im Politbüro vorberaten und von Karlshorst vorzensiert wurden, messen Kenner der NKWD diesen Äusserungen Wilhelm Piecks besondere Bedeutung bei. Sie meinen, dass Müller in einem grossangelegten Schauprozess abgeurteilt werden soll und dass neben ihm ausser früher führenden Sozialdemokraten auch eine Reihe alter KP-Leute als Prozessopfer ausgesucht werden. Man erwartet, dass Müller in diesem Prozess sich selbst und die anderen Angeklagten nach dem Muster des ungarischen Rayk-Prozesses der scheußlichsten Verbrechen bezichtigt wird. Wer bedenkt, dass die Schergen der NKWD es fertigbrachten, selbst alte Bolschewiken wie Radek und Bucharin zu den ekelhaftesten und erlogenen Selbstanklagen zu zwingen, dem wird es nicht wundern, wenn Kurt Müller eines Tages eingesteht, dass er in amerikanischem Solde die Ermordung Stalins und die Vergiftung des gesamten SED-Parteivorstandes vorbereitet habe und dass die anderen Angeklagten seine Helfershelfer waren.

Das Dilemma der zwei Seelen

RAP. Ein Gesetz vom Jahre 1933 belegt die Unternehmungen des Einzelhandels, die mehr als eine Million Jahresumsatz haben, mit einer Umsatzsteuer von 3,75 v.H., gegenüber den 3 Prozent im kleineren Einzelhandel. Diese Bestimmung richtete sich gegen die Konsumgenossenschaften und Warenhäuser; sie wirkt sich besonders bei Brot und Backwaren aus. Am 26. Juli 1950 sprach sich in namentlicher Abstimmung die Mehrheit des Bundestages für die Beibehaltung dieser Diskriminierung aus dem Nazi-Reich aus.

Am Tage vor der erwähnten Abstimmung in Bonn sprach der zweite Vorsitzende des DGB vor dem 4. Konsumgenossenschaftstag in Hamburg über "Mitarbeit und Mitverantwortung der christlichen Arbeitnehmerschaft in der Konsumgenossenschaft". Matthias Föcher, politisch ein Anhänger der CDU, betonte die preisregulierende Funktion der Konsumgenossenschaften in der heutigen Wirtschaft; er wandte sich scharf gegen die "Bortverteuerer", die wiederum die Lasten auf den Magen der Ärmsten abwälzen wollen. "Die heutige Wirtschaftsordnung", so sagte Matthias Föcher in Hamburg, "darf nicht wiederkommen". Diese rednerische Fehlleistung zeugt von der aufrichtigen Abneigung dieses Vertreters katholischer Arbeiter gegen die heutige Wirtschaftsordnung und der diese verteidigenden Bonner Wirtschaftspolitik. Gegen den katholisch-christlichen Gewerkschaftler hat sich in der Frage der Brotpreis-erhöhung das unter katholisch-christlicher Führung stehende Bundeskabinett, gegen den katholisch-christlichen Genossenschaftler hat sich in der Frage der das Brot verteuernden Extra-Umsatzsteuer die unter CDU-Führung stehende Mehrheit im Bundestag entschieden.

Die gleichen Widersprüche ^{weiteres} zwischen Reden und Taten innerhalb der CDU äussern sich, um ein aktuelles Beispiel zu nennen, bei der Frage des Mitbestimmungsrechtes. Die Bundestagssitzung vom 27. Juli gab dafür einen aufschlussreichen Anschauungsunterricht. Die Wahl der politischen Partei nach dem Glaubensbekenntnis gehört zu den traditionellen Übeln in der deutschen Politik. Wann wird man endlich begreifen, dass wir nicht mehr im Zeitalter der Konfessionskämpfe leben, sondern dass die Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltungen auf der Tagesordnung stehen? Diese Fragen werden auf der wirtschaftspolitisch-machtpolitischen Ebene entschieden, nicht aber auf der kulturpolitischen.

- - -